

**Das Bild der Bevölkerung
von "Hartz IV-Empfängern"**

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung

VORBEMERKUNG

Welches Bild hat die deutsche Bevölkerung von so genannten "Hartz IV-Empfängern"? Um diese Frage vor dem Hintergrund einer geplanten Imagekampagne zu klären, hat die BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH mit einer bevölkerungsrepräsentativen Studie beauftragt. Hierbei soll insbesondere überprüft werden, inwieweit die Bevölkerung bestimmte Vorbehalte gegenüber Beziehern von Leistungen nach dem SGB II hegt. Im Rahmen der geplanten Imagekampagne sollen diese Vorbehalte durch entsprechende Fakten entkräftet werden.

Für die Untersuchung wurden im Rahmen einer bevölkerungsrepräsentativen Mehrthemenumfrage insgesamt 1.558 Personen ab 16 Jahre befragt. Die Interviews fanden zwischen dem 3. und 17. September 2012 statt und wurden mündlich-persönlich durchgeführt. Die wichtigsten Befunde der Studie sind im Folgenden zusammengefasst und grafisch dargestellt.

Allensbach am Bodensee,
im September 2012

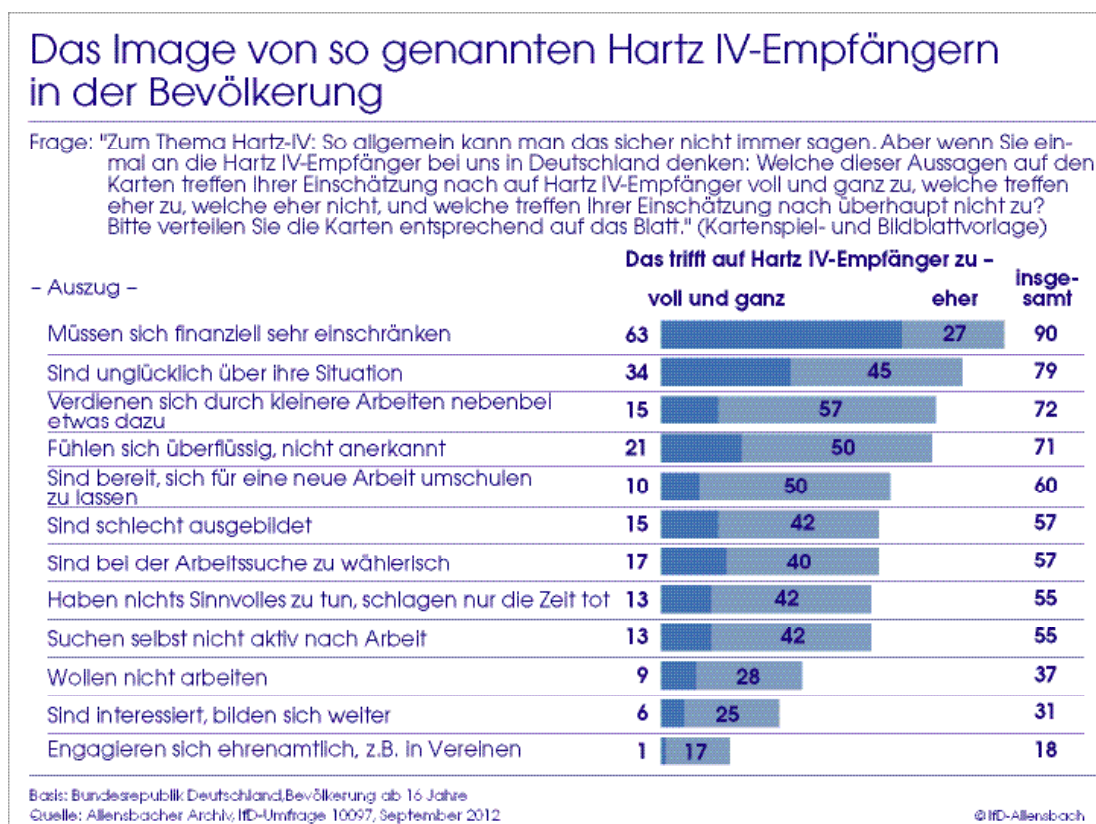
INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

ERGEBNISSE

Das Bild, das die Bevölkerung von so genannten "Hartz IV-Empfängern" hat, ist geprägt durch ein breites Verständnis für deren schwierige Situation. Dass sie sich finanziell sehr einschränken müssen, halten 90 Prozent der Deutschen ab 16 Jahre für "voll und ganz" oder "eher" zutreffend, 79 Prozent, dass sie über ihre Situation unglücklich sind, und 71 Prozent, dass sie sich überflüssig und nicht anerkannt fühlen.

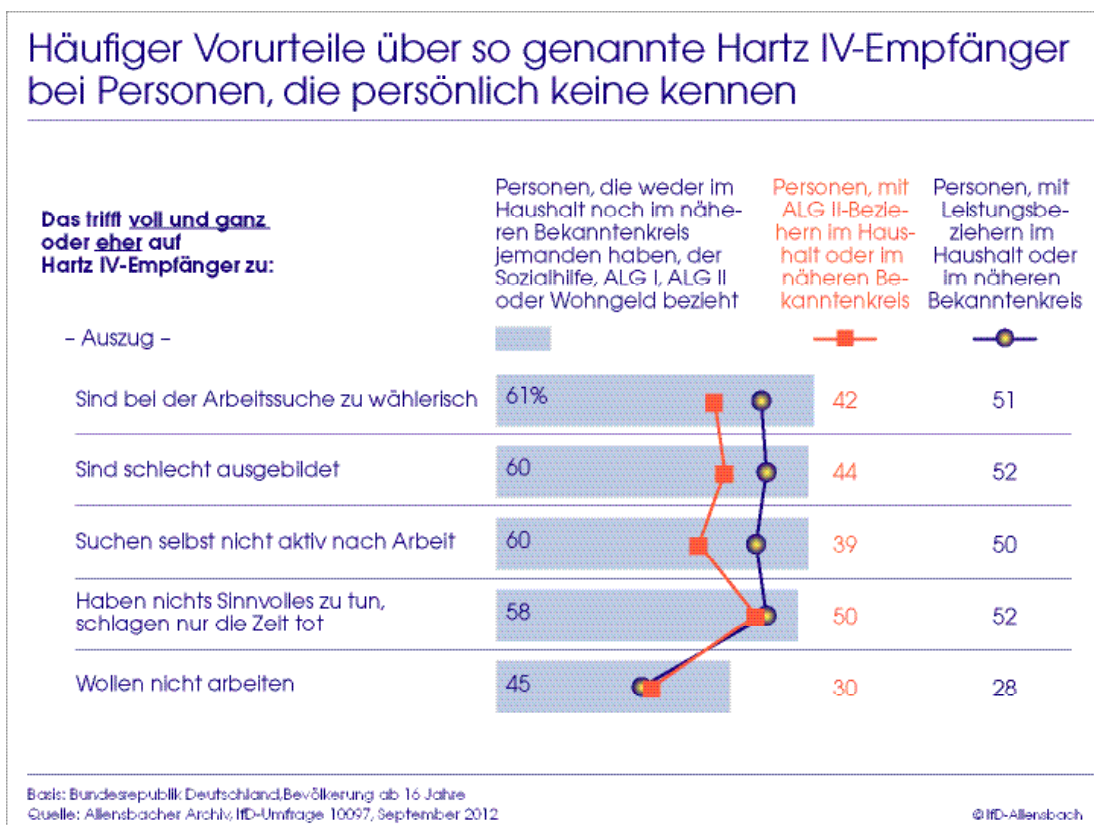
Es bestehen allerdings auch verbreitet Vorbehalte gegenüber SGB II-Empfängern. Jeweils zwischen 55 und 60 Prozent der Bevölkerung halten die Leistungsbezieher (eher) für schlecht ausgebildet, (eher) für zu wählerisch bei der Arbeitssuche, oder gehen (eher) davon aus, dass sie nichts Sinnvolles zu tun haben, nur die Zeit totschlagen, und sich selbst nicht aktiv um Arbeit bemühen. Gut ein Drittel der Bevölkerung teilt (eher) den generellen Eindruck, dass Menschen in der Grundsicherung nicht arbeiten wollen (Schaubild 1).

Schaubild 1



Die Vorbehalte gegenüber so genannten "Hartz IV-Beziehern" sind in Bevölkerungsgruppen, die selbst keinen näheren Kontakt zu Leistungsempfängern haben, überdurchschnittlich verbreitet. So stimmen jeweils rund 60 Prozent derjenigen, die weder in der Familie, noch im näheren Bekanntenkreis Bezieher von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld I oder II oder Wohngeld haben, voll und ganz oder eher zu, wenn es heißt, so genannte "Hartz IV-Empfänger" seien bei der Arbeitssuche zu wählerisch, seien schlecht ausgebildet oder suchten selbst gar nicht aktiv nach Arbeit. Personen mit Familienangehörigen oder näheren Bekannten, die solche Sozialleistungen beziehen, äußern sich dagegen jeweils nur zu rund 50 Prozent in dieser Weise, Personen mit Familienangehörigen oder näheren Bekannten, die speziell ALG II beziehen, nur zu jeweils rund 40 Prozent (Schaubild 2).

Schaubild 2



Entsprechend zeigen auch diejenigen, die näheren persönlichen Kontakt zu so genannten "Hartz IV-Beziehern" haben, häufiger Verständnis für deren schwierige Situation. Sie stimmen in überdurchschnittlich hohen Anteilen voll und ganz zu, wenn es heißt, dass sich SGB II-Empfänger finanziell sehr einschränken müssen (79 Prozent), über ihre Situation unglücklich sind (39 Prozent) oder sich überflüssig, nicht anerkannt fühlen (30 Prozent). Personen ohne näheren Kontakt zu Leistungsbeziehern können das deutlich seltener nachempfinden (Schaubild 3).

Schaubild 3

